

Antrag zur Sache

An die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde.

Datum: Dienstag, 01. April 2025

Antragssteller: Ramon Wittich, Manuel Hurtig  
GfL-Fraktion

Betreff: Antrag zur Sache – Aufsplittung des Antrags vom 25. März 2025

Sehr geehrte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung,

ich möchte Ihnen mitteilen, dass der bereits von Herrn Hurtig und mir eingereichte Antrag vom 25. März 2025 aufgrund seiner umfangreichen Natur in mehrere Einzelanträge aufgesplittet wird. Damit ziehen wir den Gesamtantrag zurück, um Ihnen die Möglichkeit zu geben, sich gezielter mit den einzelnen inhaltlichen Forderungen auseinanderzusetzen und Ihre Zustimmung oder Ablehnung differenzierter zu gestalten.

### **1. Antrag zur Sache - sofortiger Einstellungsstopp**

Der Vorbericht zum Haushaltsplan 2025 stellt auf Seite 320 in den „**1. Vorbemerkungen**“ unmissverständlich klar:

„Das Ergebnis aus ordentlichen Erträgen und ordentlichen Aufwendungen ist in jedem Jahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren in Plan und Rechnung auszugleichen. **Ausgeglichen heißt:** der Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge erreicht oder übersteigt die Höhe des Gesamtbetrages der ordentlichen Aufwendungen.“

Trotz dieses Grundsatzes weist der vorliegende Haushaltsplan vom **10.03.2025** ein Gesamtfehlbetrag von **rund 4.377.200 €** auf – und das, obwohl keine wesentlichen strukturellen Änderungen vorgenommen wurden. Die Verwaltung geht in ihrer Begründung davon aus, dass die bestehende Rücklage ausreicht, um dieses Defizit auszugleichen, und betrachtet den Haushalt daher als „formal ausgeglichen“ (vgl. Haushaltsplan 2025, Seite 323).

Der negative Trend ist unübersehbar, insbesondere im Vergleich zu 2024. Dies wird deutlich auf **Seite 6** des Haushaltsplans 2025 im Abschnitt *Ergebnishaushalt und mittelfristige Ergebnisplanung*, wo ein **Gesamtfehlbetrag von rund 6.827.200 €** verzeichnet ist. Ebenso zeigt sich die

kritische finanzielle Lage auf **Seite 338** im Abschnitt *14. Einschätzung über die dauernde Leistungsfähigkeit*, wonach die **noch verfügbaren Rücklagen von rund 3.918.300 €** bis spätestens 2027 vollständig aufgebraucht sein werden. Infolgedessen wird ab diesem Zeitpunkt ein **Haushaltssicherungsplan** erforderlich. Diese Entwicklung steht im klaren Widerspruch zu einer vorausschauenden und nachhaltigen Finanzpolitik.

### **Antrag zur Beschlussfassung:**

Im Haushaltsplan 2025 sind Personalkostensteigerungen in Höhe von 1.429.600 € vorgesehen. Davon sind lediglich ca. 700.000 € durch Tarifsteigerungen begründet. Die verbleibenden Mehrkosten von über 700.000 € sind in der aktuellen Haushaltslage nicht nachvollziehbar und nicht vertretbar. Wir gehen davon aus, dass diese Summe für Neueinstellungen oder Beförderungen verwendet werden soll. Daher beantragen wir einen sofortigen Einstellungsstopp, um die Kosten zu stabilisieren.

Dabei sollen folgende Ziele im Mittelpunkt stehen:

- **Reduzierung des Fehlbetrags für 2025** zur Vermeidung weiterer Belastungen der städtischen Finanzen mit schrittweiser Konsolidierung.
- **Erzielung eines geringeren Defizits für 2026** als Übergangsjahr mit schrittweiser Konsolidierung.
- **Sicherstellung eines ausgeglichenen Haushalts für 2027** ohne Inanspruchnahme von Rücklagen.
- **Mögliche Erwirtschaftung eines Überschusses in den Folgejahren**, um neue Rücklagen für zukünftige Herausforderungen zu bilden.

### **Begründung:**

In unserer Verwaltung arbeiten bereits sehr kompetente Mitarbeiter mit hoher Expertise. Diese Fachkräfte sind in der Lage, viele Ausschreibungen selbst durchzuführen, ohne teure externe Planungsleistungen in Anspruch nehmen zu müssen. Es bedarf also nicht mehr Personal, sondern gezielt eingesetzter Mitarbeiter für die richtigen Maßnahmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine konstruktive Diskussion.

**Mit vorzüglicher Hochachtung**

Ramon Wittich

Manuel Hurtig

**GfL-Fraktion**